

und die Länder ermahnt hätte, die Anrechnung nicht so scharf vorzunehmen. Positiv ist aber nichts geschehen, und zwar deshalb nicht, weil die Reichsregierung abgelehnt hat, scharf gegen die Länder und Bezirksfürsorgeverbände vorzugehen.

Nun sagt Herr Finanzminister Dr. Hüfner, es ständen Gesetze entgegen, so daß die Reichsregierung nichts unternehmen könnte. Es sind Beispiele vorhanden, daß das wohl möglich ist und daß die Reichsregierung auch schon Anweisungen dazu gegeben hat, die sich natürlich nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Sozialrentner ausgewirkt haben. (Redner führt zwei Beispiele an und fährt fort:) Das sind zwei entgegengesetzte Beispiele, die beweisen, daß es wohl möglich ist, auch von oben herunter die Bezirksfürsorgeverbände anzuweisen, daß es unstatthaft ist, die beschlossenen Erhöhungen, die an sich geringfügig sind, abzugeben.

Wir haben in unserem Antrage gefordert, daß die Landesregierung beauftragt werden möge, die Bezirksfürsorgeverbände und Bezirkskreiskassen anzuweisen, daß die Anrechnung der Rente sofort zu unterbleiben hat. Es ist unbedingt notwendig, wenn wir eine Verringerung der Not dieser Kreise erreichen wollen, daß man über Kleinliche Gesetzesbindungen hinweggeht und vor Weihnachten dazu kommt, dafür zu sorgen, daß diese armen Leute wieder in den Genuß zum mindesten dieser kleinen Unterstützung kommen. Ich appelliere deshalb im Interesse dieser Armen, daß der Landtag beschließen möge, diesem Antrage stattzugeben.

Punkt 4. Beratung über den Antrag des Abg. Renner u. Gen. wegen Gewährung einer Winterbeihilfe an Renten- und Fürsorgeempfänger sowie Erwerbslose. (Drucksache Nr. 209.)

Der Antrag Nr. 209 lautet:

Die infolgeollerhöhungen gestiegenen Lebensmittelpreise haben die an sich schlechte Lage der Renten- und Fürsorgeempfänger noch wesentlich verschlechtert. Der bevorstehende Winter verschärft die Lage dieser Schichten noch um ein gewaltiges mehr.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

die Regierung zu beauftragen, allen Renten- und Fürsorgeempfängern sowie allen Erwerbslosen eine Winterbeihilfe in Höhe von

- a) für Hauptunterstützungsempfänger 40 RM.,
- b) für unterhaltspflichtige Angehörige 10 RM. zu gewähren.

Abg. Siegel (Komm. — zur Begründung): Wir haben heute in diesem Hause bereits des längeren über die allgemeine Notlage der arbeitenden Bevölkerung gesprochen. Unmittelbar im Zusammenhang damit steht natürlich die Frage einer Winterbeihilfe; sie muß genau so beurteilt werden, wie heute hier die Fragen anlässlich der Zolldebatte behandelt worden sind, weil unmittelbar die Zusammenhänge, die bei der Beratung auch unseres Antrags eine Rolle spielen, immer wieder auf die Ursachen zurückzuführen, aus denen die Reichsregierung in diesem Jahr die Gewährung einer Winterbeihilfe abgelehnt hat. Die Lage der werktätigen Bevölkerung immer und immer wieder zu schildern, ist notwendig, weil gerade die Notlage solch ungeheure Ausmaße annimmt, wie sie vor allen Dingen durch die Zahlen, die mein Fraktionsgenosse Renner hier anlässlich der Begründung des Zollantrags zum Ausdruck gebracht hat, belegt worden ist. Man muß aber noch etwas weiteres tun, um zu begründen, daß sich diese Notlage nicht allein auf die Schichten der werktätigen Bevölkerung ausdehnt, sondern daß diese Notlage in eminent hohem Maße Schichten der Bevölkerung ergreift hat, die nicht in der Lage sind, irgendwie durch der Hände Arbeit etwas zu verdienen, die nur auf die Renten und auf die Fürsorgeunterstützungen angewiesen sind. Deshalb muß man gerade dieser Schicht der Bevölkerung das größte Entgegenkommen zeigen, muß man diesen Leuten gerade in Anbetracht des bevorstehenden Winters unter die Arme greifen und ihnen helfen. Man kann die Frage nicht so stellen, wie sie im Reichstag gestellt wurde, wo Herr Bissell als Reichsarbeitsminister erklärte, eine einmalige Beihilfe ist zwecklos, was nützt sie diesen armen der Ärmsten, absolut nichts; man muß ihnen die Renten erhöhen, man muß vor allen Dingen für eine dauernde, eine ständige Unterstützung sorgen. Das sagte der Herr Reichsarbeitsminister Bissell. Aber was hat er getan, um die Renten in Wirklichkeit zu erhöhen? Beim vorigen Antrage haben wir ja gesehen, daß die minimalen Rentenerhöhungen durch die Anrechnung bei der Fürsorgeunterstützung wieder illusorisch gemacht werden, so daß diese Erhöhungen einfach ins Wasser gefallen sind.

Der Herr Abg. Claus hat heute vor allen Dingen die Maßnahmen des Herrn Reichsernährungsministers Dietrich verteidigt. Gerade der Reichsernährungsminister Dietrich hat dazu beigetragen und er hat es auch besonders festgelegt in seinem Buch „Ein Jahr Agrarpolitik“, wie er es verstanden hat, durch die Erhöhung der Zölle die Preise ins Ungeheure zu steigern. Mit der Zollsteigerung ist natürlich auch eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel verbunden, eine allgemeine Teuerung überhaupt, eine Verschlechterung der gesamten Lebenslage der werktätigen Bevölkerung.

Als Ursachen hierfür kommen drei Momente in Frage, die man heute zusammenfassend in den Vordergrund rücken muß: Das ist die Preispolitik, die durch die kapitalistischen Monopole, Kartelle, Trusts und Syndikate geführt wird, zweitens der Hochschutzzoll und drittens die ungeheure Belastung in steuerlicher Beziehung. Ich möchte nur die Steuerfrage herausgreifen. Gerade die Steuerfrage ist eine der wichtigsten Fragen, die heute im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftskrise nicht behandelt worden ist. Während im Jahre 1913 insgesamt ein Bedarf an Finanzen von 7252000 M. vorhanden war, so ist jetzt der Finanzbedarf des Reiches und des Landes auf über 20 Milliarden M. gestiegen. Und darüber hinaus steht die Tatsache fest, daß natürlich mit den bereits vorhandenen Steuern noch nicht ein

ungeheures gesteigert werden sollen. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Aber die Steuerfrage steht heute nicht im Vordergrund. Im Vordergrund steht bei diesem Antrage vielmehr die Notlage der verschiedenen Rentner, der Wohlfahrtsfürsorgeunterstützungsempfänger, der Kriegrentner, der Kleinrentner, der Erwerbslosen; und wenn im Reichstage die Sozialdemokratische Fraktion nicht einmal dazu gesprochen hat, und hier im sächsischen Landtage die Sozialdemokratische Fraktion von der Regierung 6 Millionen zur Unterstützung dieser Kreise verlangt, so ist das mehr als Demagogie, mehr als eine Vertuschung der wirklichen Tatsachen.

Ich möchte weiter gerade in der Zeit der Weihnachtsstimmung, die die bürgerliche Gesellschaft in den Zeitungen so glänzend auszuzeichnen versteht, darauf hinweisen, mit welchen Luxusartikeln, mit welchen Gegenständen die Schaufenster ausgefattet sind. Da kein Proletarier in der Lage ist, sich auch nur einen geringen Teil davon zu kaufen und das, was dort ausgestellt ist, sich überhaupt an einem Tage im Jahre einmal zu leisten, so ist das eine Aufreizung schlimmster Art. Und dem steht gegenüber, daß man tatsächlich in den Zeitungen des Pöbels schreibt, daß es den Arbeitern noch viel zu gut geht. Aber die Tatsache, daß sich neben den außer dem Produktionsprozess stehenden Arbeitern, den Erwerbslosen, auch die Rentner, Kleinrentner, Sozialrentner, Wohlfahrtsfürsorgeempfänger nicht leisten können, weil das Geld einfach nicht reicht, diese Tatsache verschweigen Sie offensichtlich und glauben, diese Sache abstellen zu können auf ein Gebot, wo Sie selbstverständlich durch Ihre Presse alle Schuld abwälzen auf die Faulheit der Arbeiter, daß sie nicht die Erkenntnis besitzen, daß die deutsche Wirtschaft wieder gehoben werden muß. Jawohl, die Arbeiterklasse besitzt die Kenntnis, sie besitzt auch das Erkennen, was notwendig ist, aber nicht in dem Sinne, wie Sie die Verhältnisse aus der Welt schaffen zu können glauben.

Gerade in dem Zusammenhange ist es notwendig, auf die vielen Notigen hinzuweisen, die in der Tagespresse erscheinen, meist etwa folgenden Inhalts: „Entsetzliche Familientragödie. In Abwesenheit ihres Mannes öffnete die Frau des Fabrikarbeiters Soundso den Gasahn. Als die Nachbarn, durch den Gasgeruch alarmiert, die Tür aufschloßen, fanden sie die Frau und die drei Kinder bereits tot. Nahrungsvorrichtungen sollen der Grund zu dieser Bergewöhnung sein.“ Das finden Sie in der Presse tagtäglich zu Tausendenmalen. In diesen dürren Worten liegt der ganze Zustand, den diese kapitalistische Gesellschaftsordnung hervorgebracht hat, liegt das ganze Elend, an dem das Volk zu leiden hat. Das muß man ganz offen aussprechen, aber nicht das allein, an einem Fall illustriert, auch die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache. Während z. B. im ganzen Reiche 1921 12729 Selbstmorde zu verzeichnen waren, stieg die Zahl im Jahre 1926 auf 16480 und ist heute auf über 20000 gestiegen. Das sind bereits Zahlen, und diese Selbstmorde sind zurückzuführen auf die Elendslage des Proletariats, auf die Elendslage der Rentner, derjenigen, die nicht in der Lage sind, irgendwie das Leben noch fristen zu können.

Und so ist es auch mit der Statistik der Justiz. Das Verbrechertum, das man gerne abschreiben möchte auf die Trägheit und Faulheit, auf die Unlust zur Arbeit, ist ungeheuerlich gestiegen, aber auch diese Tatsache ist zurückzuführen auf die gegenwärtige Lage, in der diese Bevölkerungsschichten stehen, hervorgerufen durch die Anarchie in der ganzen Wirtschaft, hervorgerufen durch den ganzen Zusammenbruch, der überhaupt in der ganzen Wirtschaft besteht. Dasselbe trifft natürlich zu auf das Elend der Kinder. Die Unterernährung der Kinder, die bereits in Deutschland heute zu verzeichnen ist, daß über 2 Millionen Kinder vollständig unterernährt sind, daß 3 1/2 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, daß über 2 Millionen Kriegspäpser vorhanden sind, alles das sind die Ergebnisse dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wir wissen natürlich, daß mit diesem unserem Antrag allein die Not nicht gelindert werden kann, wir hoffen aber, daß wenigstens erreicht wird, daß der Teil der Bevölkerung, der am meisten unter diesen Zuständen zu leiden hat, einmal im Jahre etwas bekommt, wovon er sich sattessen kann, wodurch er einmal von dem Gedanken des Elends auf eine kurze Zeit abkommt, daß er einmal im Jahre weiß: Jawohl, ich habe einmal ein paar Pfennige Geld, von denen ich mir etwas zu essen kaufen kann, so daß ich einmal den Gedanken, alles Elend zu vergessen, nachgehen kann, wiewohl das schwer gelingen wird. Aus diesen Gründen stellen wir den Antrag. Darüber hinaus aber ist es vor allen Dingen notwendig, daß sich auch diese Kreise einreihen in die Kampffront, in die rote Klassenfront des Proletariats. Ihre Lebenslage, ihre Belange können nur erfüllt werden in der Gesamtheit des Kampfes des werktätigen Volkes. Deshalb geht auch von uns aus der Appell an diese Kreise, wenn sie auch auf Grund ihres Alters, ihrer Inaktivität nicht mehr so in der Lage sind zu kämpfen, doch zu dieser Klassenfront zu stehen, mit uns gemeinsam, mit den Arbeitern in den Betrieben ihre Belange zu vertreten. Wir wissen, daß gegen diese Front vom gesamten Bürgertum steht, die gesamte Front vom äußersten rechten Flügel des Bürgertums bis herab zur Sozialdemokratie, bis zur reformistischen Gewerkschaftsführung. Aber eins steht fest, daß auch die Erkenntnis in den Reihen der Arbeiter sich immer mehr Bahn bricht, daß die Verelendung des Proletariats mit diesen Mitteln, wie sie vor allen Dingen im Reichstag anlässlich der Beratung des kommunistischen Antrages eine Rolle spielten, nicht gelindert werden kann.

Ich komme zum Schluß. Wenn wir gerade heute am vorletzten Tage der Plenarsitzung vor Weihnachten diese Anträge hier stellen, und wenn wir hinzufügen, daß wir gern sähen, daß diese Anträge angenommen werden, so tun wir es aus dem Grunde, weil es höchste Zeit ist und weil vor allen Dingen diese Kreise der Bevölkerung auf die Beschlüsse des Landtags warten und wissen, daß es Aufgabe derjenigen ist, die wirklich ernsthaft diesen Sozialrentnern, diesen Kleinrentnern und Wohlfahrtsfürsorgeunterstützungsempfängern etwas geben wollen, daß sie diesen unseren Anträgen zustimmen und sie annehmen. Ich beantrage zum Schluß, daß diese Anträge heute in der Schlussberatung angenommen werden.

Präsident: Das muß sowieso geschehen. Ehe ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich bekanntgeben, daß sich sämtliche Fraktionen dahin geeinigt haben, daß Punkt 8 der heutigen Tagesordnung, betr. den Seidemannschen Konkurs, als Punkt 1 der nächsten Sitzung angelehnt wird.

Der Landtag beschließt demgemäß. Als Punkt 2 würde dann die Wahl des beantragten Untersuchungsausschusses auf die Tagesordnung gesetzt. Auch das beschließt der Landtag.

Dann haben sich die Fraktionen geeinigt, die Bestimmungen über die Anträge der Punkte 3, 4, 5, 6 und 7 der heutigen Tagesordnung nicht heute vorzunehmen, sondern die Abstimmung als Punkt 3 auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Da die Tagesordnung nun durch den Punkt Seidemann etwas reichhaltiger geworden ist, wird gebeten, daß der Landtag bereits um 12 Uhr seine Sitzung beginnt. Auch dementsprechend beschließt der Landtag.

Punkt 5 der Tagesordnung: Beratung über den Antrag des Abg. Krudt u. Gen. zum gleichen Gegenstand. (Drucksache Nr. 247.)

Der Antrag Nr. 247 lautet:

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, zur Gewährung einer Winterbeihilfe an besonders bedürftige Sozial-, Klein- und Kriegrentner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Erwerbslose den Bezirksfürsorgeverbänden 6 Mill. RM. zur Verfügung zu stellen.

Diese Beihilfe muß den Bezirksfürsorgeverbänden so zeitig zugestellt werden, daß die Auszahlung noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Abg. Schleinitz (Soz. — zur Begründung): Die Tatsache, daß die sächsische Regierung und die Mehrheit des sächsischen Landtags nicht ernstlich gewillt sind, alle Wege zu begehen, die notwendig sind, um die Not im Volke zu lindern, hat zur Folge, daß das Heer der Erwerbslosen von Tag zu Tag größer wird. Tausende von Erwerbslosen sind aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert und müssen heute als Krisenfürsorgeempfänger oder als Empfänger der Wohlfahrtsunterstützung oder der Fürsorgeunterstützung ihr Leben fristen. Diese Unterstützung reicht nicht aus, um auch nur das Allernotwendigste zum Leben zu beschaffen. Der längere Zeit von der Unterstützung in der allgemeinen Fürsorge leben mußte, der muß ganz notwendig verelenden, weil die Richtsätze in der Fürsorge so gering sind, daß sie nicht im entferntesten ausreichen, auch nur das Allernotwendigste für den Bedarf zu beschaffen. Am Ende bleibt diesen Opfern der kapitalistischen Wirtschaft nichts weiter übrig, als entweder Selbstmord zu begehen, wie wir es sehr oft in der Presse lesen können, oder es ist die Ursache dazu, daß sich die Vergehen am Eigentum gewaltig steigern und daß diese Opfer dann hinter den Mauern der Gefängnisse landen. Diese Unterstützungen, die auf der einen Seite nicht ausreichen, das zu beschaffen, was notwendig ist, sind aber für die Gemeinden eine drückende Last. Die Gemeinden, die ohnehin in ungeheurer schlechter Finanz-Lage sind, sind nicht in der Lage, diesen Opfern der Inflation, den Opfern des Krieges und allen denen, die in Frage kommen, erhebliche Sonderunterstützungen zu gewährleisten, weil auch die Gemeinden und namentlich die Arbeiterwohnungsgebiete fast ohne Mittel sind, um auch ihre Aufgaben, die auf anderen Gebieten notwendig sind, erfüllen zu können. Und heute in dieser Jahreszeit kommt noch hinzu, daß dann diese Opfer infolge dieser geringen Unterstützung nicht in der Lage sind, sich für den Winter mit Feuerung und anderen Dingen einzudecken. Die Bekleidung dieser Leute, die lange Zeit arbeitslos sind, und die auf Wohlfahrtsunterstützung oder sonst eine andere Unterstützung angewiesen sind, bedarf dringend der Ergänzung. Und bei den Arbeitslosen kommt noch hinzu, daß das lange Warten auf den Arbeitsämtern bei Regen und unangenehmer Witterung sich auf die Gesundheit der Erwerbslosen besonders ungünstig auswirkt, wenn sie mit schlechten Schuhen und schlechter Bekleidung stundenlang auf die Abfertigung auf dem Arbeitsamt warten müssen. Das Selbstverständliche ist, daß nun diese Kreise in den Gemeinden Anträge stellen, daß die Gemeinden Winterbeihilfen gewähren sollen, um diese besonderen Räte abzustellen. Die Gemeinden aber sehen keine Möglichkeit, die Dinge irgendwie zu finanzieren. Die Schuld daran liegt zum großen Teile am sächsischen Staate. Der sächsische Staat hat durch den ungerechten Finanzausgleich den Gemeinden, vor allen Dingen den Arbeiterwohnungsgebieten, nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Aufgaben zu erfüllen, und auch die Aufgabe der Versorgung der Rentner, der verschiedensten Unterstützungsempfänger kann nicht durchgeführt werden, weil gerade die Arbeiterwohnungsgebiete bei dem Finanzausgleich in Sachsen außerordentlich schlecht behandelt werden.

Wir haben deshalb den Antrag Nr. 247 eingebracht. Das, was in diesem Antrage verlangt wird, ist das Mindeste, was geschehen muß. Es wird das mit Recht von der sächsischen Regierung gefordert, und es ist ganz zwecklos, wenn ein kommunistischer Abgeordneter darauf hingewiesen hat, daß im Reichstage nicht das Notwendige getan würde und wir also auch nicht das Recht hätten, das in Sachsen zu verlangen, denn nicht nur das Reich, sondern auch die Länder haben die Pflicht, für diese Opfer zu sorgen. Auf Grund der Fürsorgeverpflichtung haben Länder und Gemeinden alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Wir glauben aber, daß gerade hier die Kommunisten keinen Anlaß haben, gegen die Sozialdemokratie in dieser Form vorzugehen, weil wir feststellen können, daß bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Sozialdemokratische Fraktion beantragt und um das sie gekämpft hat und in welchem jetzt die 10 Mill. M. verankert sind, die für diese Bezirksfürsorgeverbände ausgeworfen worden sind, die kommunistische Fraktion ganz bestimmt keinen Kampf geführt hat, sondern daß der Kampf allein von der Sozialdemokratischen Fraktion geführt worden ist und daß ein kleiner Erfolg erklämpft worden ist.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage)